

# Stadt Heidelberg

Drucksache:  
**0190/2016/BV**

Datum:  
06.06.2016

Federführung:  
Dezernat IV, Amt für Chancengleichheit

Beteiligung:  
Dezernat I, Amt für Öffentlichkeitsarbeit  
Dezernat I, Amt für Wirtschaftsförderung und Beschäftigung  
Dezernat I, Personal und Organisationsamt  
Dezernat I, Rechtsamt  
Dezernat I, Referat des Oberbürgermeisters  
Dezernat II, Amt für Baurecht und Denkmalschutz  
Dezernat III, Amt für Schule und Bildung  
Dezernat III, Amt für Soziales und Senioren  
Dezernat III, Kinder- und Jugendamt

Betreff:

**Aktionsplan „Offen für Vielfalt und Chancengleichheit  
– Ansporn für Alle“**

## Beschlussvorlage

### Beschlusslauf

Die Beratungsergebnisse der einzelnen Gremien beginnen ab der Seite 2.2 ff.  
Letzte Aktualisierung: 28. Juli 2016

Beratungsfolge:

Gremium:	Sitzungstermin:	Behandlung:	Zustimmung zur Beschlussempfehlung:	Handzeichen:
Jugendgemeinderat	22.06.2016	Ö	( ) ja ( ) nein ( ) ohne	
Ausländerrat/Migrationsrat	30.06.2016	Ö	( ) ja ( ) nein ( ) ohne	
Ausschuss für Soziales und Chancengleichheit	05.07.2016	Ö	( ) ja ( ) nein ( ) ohne	
Ausschuss für Bildung und Kultur	07.07.2016	Ö	( ) ja ( ) nein ( ) ohne	
Haupt- und Finanzausschuss	13.07.2016	Ö	( ) ja ( ) nein ( ) ohne	
Gemeinderat	21.07.2016	Ö	( ) ja ( ) nein ( ) ohne	

**Beschlussvorschlag der Verwaltung:**

Die Mitglieder des Jugendgemeinderates, des Ausländerrates / Migrationsrates, des Ausschusses für Bildung und Kultur, des Ausschusses für Integration und Chancengleichheit, des Stadtentwicklungs- und Verkehrsausschusses sowie des Haupt- und Finanzausschusses empfehlen dem Gemeinderat, den von der Verwaltung unter breiter Bürgerbeteiligung erarbeiteten Aktionsplan „Offen für Vielfalt und Chancengleichheit – Ansporn für Alle“ als Handlungsrahmen für einen umfassenden Umgang mit Integration zu beschließen.

Dieser Beschluss hat keine unmittelbaren finanziellen Auswirkungen. Budgetrelevante Maßnahmen aus dem beschlossenen Handlungsrahmen werden den gemeinderätlichen Gremien im Rahmen des jeweiligen Haushaltes zur Entscheidung vorgelegt werden.

**Finanzielle Auswirkungen:**

Bezeichnung:	Betrag:
<b>Ausgaben / Gesamtkosten:</b>	
keine	
<b>Einnahmen:</b>	
keine	
<b>Finanzierung:</b>	
keine	

**Zusammenfassung der Begründung:**

Mit dem Kommunalen Integrationsplan Heidelberg (KIP) sind die Grundlagen für das Verständnis von Integration als einem Prozess gelegt worden, der eines fortlaufenden gemeinsamen Engagements bedarf, damit Vertrauen, Verantwortung füreinander sowie Zufriedenheit wachsen und Konflikte oder wechselseitige Ablehnung abnehmen. Der Aktionsplan „Offen für Vielfalt und Chancengleichheit – Ansporn für Alle“ stellt eine Weiterentwicklung des KIP dar. Er setzt neue Impulse beim Verständnis der Personengruppen wie auch dem Verständnis der Themen, um die erklärten Integrationsziele zu erreichen.

## **Sitzung des Jugendgemeinderates vom 22.06.2016**

**Ergebnis:** einstimmige Zustimmung zur Beschlussempfehlung

## Sitzung des Ausländerrates/Migrationsrates vom 30.06.2016

Ergebnis der öffentlichen Sitzung des Ausländerrates / Migrationsrates vom 30.06.2016

### 2 Aktionsplan „Offen für Vielfalt und Chancengleichheit – Ansporn für Alle“ Beschlussvorlage 0119/2016/BV

Frau Domzig, Leiterin des Amtes für Chancengleichheit, stellt die Historie sowie den Inhalt der Beschlussvorlage vor und beantwortet Verständnisfragen aus dem Gremium.

In der sich anschließenden Aussprache melden sich zu Wort:

Herr Allimadi, Herr Polunin, Frau Mechler-Dupouey, Herr Prof. Dr. Sax, Herr Miranda Araya

Sie bedanken sich bei allen an der Erstellung des umfangreichen Aktionsplanes Beteiligten.

Folgende Anregungen und Ergänzungen zu den Ziel- und Maßnahmevorschlägen werden seitens einzelner Mitglieder des Ausländerrates / Migrationsrates genannt:

- Herr Allimadi regt an, zukünftig während des Entstehungsprozesses eines Aktionsplanes den Beteiligten durch geeignete Maßnahmen eine Rückmeldung zum aktuellen Bearbeitungsstand zu geben. Über eine entsprechende Veröffentlichung im Internet hinaus sei ein zusätzlicher Impuls wünschenswert.
- Herr Polunin schlägt folgende Ergänzungen zu Zielvorschlag E „Ausgrenzung und Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt entgegenwirken“, Maßnahmevorschläge 38, 39 und 40 vor:  
Transparenz bei Wohnungsvergabe bei den Wohnungsgesellschaften, etwa durch Veröffentlichung des zur Verfügung stehenden Wohnraums und der Kriterien der Wohnungsvergabe sowie Aufklärungs- und Beratungsgespräche zum Thema Mietrecht, Verbesserung der Wohnsituation von studentischen Familien mit Kindern
- Frau Mechler-Dupouey plädiert für die Schaffung einer Beratungsstelle für ältere Migrantinnen und Migranten sowie für Familien, die ältere, pflegebedürftige Angehörige versorgen. Sie begrüßt eine größere Einbindung der Migranten-Selbstorganisationen in der Projektumsetzung. Publikationen sollten zudem mehrsprachig und auch in einfacher Sprache verlegt werden. Die Vermittlung der Herkunftssprache solle ausgeweitet werden.

Herr Bürgermeister Erichson weist darauf hin, dass die Beschlussvorlage im Vorfeld persönlich dem Vorstand des Ausländerrates / Migrationsrates durch Frau Domzig vorgestellt und dem Gremium der Inhalt des Aktionsplanes rechtzeitig im Vorfeld der Sitzung zur Verfügung gestellt worden sei, ohne dass bis zum Sitzungstermin Anfragen oder Vorschläge an die Verwaltung gerichtet worden seien. Die Verwaltung könne nun auf in der Sitzung spontan geäußerte Bemerkungen und Anregungen weder eine erschöpfende Auskunft erteilen noch diese in den Katalog der Maßnahmevorschläge aufnehmen. Vielmehr sollten die Änderungsvorschläge schriftlich gesammelt, abgestimmt und als Beratungsergebnis dem weiteren Beratungsgang der Beschlussvorlage zugeführt werden.

Frau Domzig ergänzt, dass der vorgelegte Aktionsplan das Ergebnis eines Verfahrens mit einem mittlerweile abgeschlossenen Beteiligungsprozesses darstelle. Anregungen aus dem Gremium könnten in der Weiterentwicklung des Aktionsplanes diskutiert werden.

Zum weiteren Vorgehen schlägt Herr Allimadi vor, im weiteren Verfahren die abgestimmten, aus der Diskussion in der Sitzung entstandenen Wünsche und Anregungen aufzunehmen. Diese Anregungen würden nicht mehr in den Aktionsplan aufgenommen werden, sondern über diesen hinausgehend dokumentiert, berücksichtigt und seitens der Verwaltung hinsichtlich ihrer Umsetzbarkeit überprüft. Diese Wünsche und Anregungen werde Herr Siegwald in der Sitzung des gemeinderätlichen Ausschusses für Soziales und Chancengleichheit am 05.07.2016 formulieren und vortragen.

Sodann stellt Herr Allimadi folgende in der Aussprache geäußerten Anregungen zur Abstimmung:

Vorschlag Herr Polunin:

Transparenz bei der Wohnungsvergabe bei den Wohnungsgesellschaften

**Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen**

Vorschlag Herr Polunin:

Verbesserung der Wohnsituation von studentischen Familien mit Kindern

**Abstimmungsergebnis: beschlossen mit 09:00:01 Stimmen**

Vorschlag Frau Mechler-Dupouey:

größere Einbindung der Migranten-Selbstorganisationen in der Projektumsetzung

**Abstimmungsergebnis: beschlossen mit 09:00:01 Stimmen**

Vorschlag Frau Mechler-Dupouey:

Förderung der Mehrsprachigkeit, Ausweitung der Vermittlung der Herkunftssprache

**Abstimmungsergebnis: beschlossen mit 09:00:01 Stimmen**

Anschließend stellt Herr Allimadi den Beschlussvorschlag der Verwaltung zur Abstimmung.

gezeichnet

Michael Mwa Allimadi  
Vorsitzender Ausländerrat / Migrationsrat

**Ergebnis:** einstimmige Zustimmung zur Beschlussempfehlung mit Arbeitsauftrag

## Sitzung des Ausschusses für Soziales und Chancengleichheit vom 05.07.2016

Ergebnis der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Soziales und Chancengleichheit vom 05.07.2016

### 4 Aktionsplan „Offen für Vielfalt und Chancengleichheit – Ansporn für alle“ Beschlussvorlage 0190/2016/BV

Frau Domzig stellt anhand einer Power-Point-Präsentation die Entwicklung des Aktionsplans „Offen für Vielfalt und Chancengleichheit – Ansporn für Alle“ dar und beantwortet gemeinsam mit Bürgermeister Erichson die Fragen aus dem Gremium.

Zu den Vorschlägen des Ausländerrates/Migrationsrates aus der Sitzung vom 30.06.2016 verfasst die Verwaltung eine Stellungnahme und stellt diese den Mitgliedern des Gemeinderates und des Gremiums zur Verfügung.

Im weiteren Verlauf der Sitzung erläutert Stadtrat Grasser den Sachantrag der SPD-Fraktion (Anlage 04 zur Drucksache 0190/2016/BV).

Bürgermeister Erichson merkt an, dass schon seit Jahren die Regenbogenfahnen anlässlich des Christopher Street Day's (CSD) Rhein-Neckar in Heidelberg gehisst werden. Die Stadt Heidelberg sei nicht Mitveranstalterin des CSD Rhein-Neckar 2017 in Mannheim. Lokale Gruppen könnten sich jederzeit beteiligen, wie zum Beispiel seit Jahren die AIDS-Hilfe. Darüber hinaus habe es der CSD Rhein-Neckar – ein privater Verein – abgelehnt, auch einmal in Heidelberg die Parade durchzuführen. Heidelberger Aktivitäten seien bereits jetzt im Rahmenprogramm abgebildet. Der Empfang der Stadt Mannheim diene dem Dank an die Veranstalter. Einen zusätzlichen Empfang in Heidelberg hält Bürgermeister Erichson nicht für sinnvoll, zumal er dieses Geld lieber für queere Projektarbeit verwenden würde.

Stadtrat Kutsch stellt den **Antrag**,

im Aktionsplan „Offen für Vielfalt und Chancengleichheit – Ansporn für Alle“ die Dudenschreibweise (Beispiel: Bürgerinnen und Bürger) zu verwenden und nicht die Sternchen-Variante (Beispiel: Bürger\*innen).

Stadträtin Marggraf wünscht sich eine Leseerleichterung für den Aktionsplan durch eine farbliche Untergliederung nach den Kategorien neue und laufende Maßnahmen sowie dem Zeitpunkt der geplanten Umsetzung.

Frau Domzig verweist auf die Zusammenfassung der Ergebnisse des Aktionsplans (Anlage 01 zur Drucksache 0190/2016/BV), in denen bereichsbezogen genau nach dieser Struktur unterschieden wird. Außerdem biete die tabellarische Übersicht (Anlage 02 zur Drucksache 0190/2016/BV) einen bereichsbezogenen Überblick (auf maximal zwei Seiten) über alle Maßnahmen, die jeweilige Federführung, geplante Umsetzungszeiträume und Finanzierungsmöglichkeiten. Es sei vorgesehen, bei der Druckfassung die Möglichkeiten farblicher Untergliederungen zu nutzen.

Bürgermeister Erichson stellt den **Antrag** von Stadtrat Kutsch zur Abstimmung:

Im Aktionsplan „Offen für Vielfalt und Chancengleichheit – Ansporn für Alle“ soll die Dudenschreibweise (Beispiel: Bürgerinnen und Bürger) verwendet werden und nicht die Sternchen-Variante (Beispiel: Bürger\*innen).

**Abstimmungsergebnis: abgelehnt mit 03:08:02 Stimmen**

Anschließend stellt Bürgermeister Erichson den **Sachantrag** der SPD-Fraktion (Anlage 04 zur Drucksache 0190/2016/BV) zur Abstimmung:

Auf Seite 4 des Entwurfs des Aktionsplans „Offen für Vielfalt und Chancengleichheit – Ansporn für Alle“ unter dem Punkt „Stellungnahme/ggf. Projektbeschreibung zu Umsetzungsmöglichkeiten“ wird nach „Die bestehenden Maßnahmen sollen perspektivisch in Zusammenarbeit mit dem „Runden Tisch sexuelle Vielfalt“ weiterentwickelt werden“ folgendes ergänzt:

Darüber hinaus strebt die Stadt Heidelberg eine verstärkte Beteiligung und Sichtbarkeit am CSD Rhein-Neckar an. Zu diesem Zweck wird die Stadt ab 2017 im Rahmen des CSD Rhein-Neckar einen Empfang im Rathaus organisieren. Zudem wird die Stadt ab 2017 im Rahmenprogramm des CSD Rhein-Neckar mit einem Programmpunkt vertreten sein. Beide Veranstaltungen werden in enger Zusammenarbeit mit lokalen Gruppen organisiert. Wie bisher wird die Stadt weiterhin am Vortag des CSD die Regenbogenflagge vor dem Rathaus hissen.

**Abstimmungsergebnis: abgelehnt mit 05:08:00 Stimmen**

**Beschlussvorschlag des Ausschusses für Soziales und Chancengleichheit** (Arbeitsauftrag **fett** dargestellt):

*Die Mitglieder des Ausschusses für Soziales und Chancengleichheit empfehlen dem Gemeinderat, den von der Verwaltung unter breiter Bürgerbeteiligung erarbeiteten Aktionsplan „Offen für Vielfalt und Chancengleichheit – Ansporn für Alle“ als Handlungsrahmen für einen umfassenden Umgang mit Integration zu beschließen.*

*Dieser Beschluss hat keine unmittelbaren finanziellen Auswirkungen. Budgetrelevante Maßnahmen aus dem beschlossenen Handlungsrahmen werden den gemeinderätlichen Gremien im Rahmen des jeweiligen Haushaltes zur Entscheidung vorgelegt werden.*

**Außerdem ergeht folgender Arbeitsauftrag:**

***Zu den Vorschlägen des Ausländerrates/Migrationsrates aus der Sitzung vom 30.06.2016 verfasst die Verwaltung eine Stellungnahme und stellt diese den Mitgliedern des Gemeinderates und des Gremiums zur Verfügung.***

gezeichnet  
Wolfgang Erichson  
Bürgermeister

**Ergebnis:** Zustimmung zur Beschlussempfehlung mit Arbeitsauftrag an die Verwaltung

*Ja 12 Nein 01 Enthaltung 00*

## Sitzung des Ausschusses für Bildung und Kultur vom 07.07.2016

Ergebnis der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Bildung und Kultur vom 07.07.2016

### 2 Aktionsplan „Offen für Vielfalt und Chancengleichheit – Ansporn für Alle“ Beschlussvorlage 0190/2016/BV

Zu Beginn der Sitzung werden zwei Tischvorlagen verteilt, zum einen das Ergebnis dieses Tagesordnungspunktes aus der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Soziales und Chancengleichheit vom 05.07.2016 und zum anderen die Stellungnahme des Amtes für Chancengleichheit vom 07.07.2016 (Anlage 5).

Frau Domzig, Leiterin des Amtes für Chancengleichheit, erläutert den Aktionsplan „Offen für Vielfalt und Chancengleichheit – Ansporn für Alle“ anhand einer Power-Point-Präsentation und weist darauf hin, dass dem Beschlussvorschlag der Verwaltung in den vorangehenden Gremien zugestimmt worden sei. Die in der letzten Sitzung des Ausschusses für Soziales und Chancengleichheit am 05.07.2016 gestellten Anträge (vergleiche Seite 2.5 + 2.6) seien abgelehnt worden.

#### Es melden sich zu Wort:

Stadträtin Prof. Dr. Schuster, Stadtrat Schestag, Stadtrat Butt, Stadträtin Rabus, Stadträtin Dr. Schenk, Stadtrat Kutsch, Stadträtin Stolz

Im Wesentlichen wird Lob und Dank für den Aktionsplan geäußert sowie die Anregung gegeben, dass dort auch das Thema Kinderrechte mitaufgenommen werden könnte. Ferner wird mehrfach geäußert, dass man sich wundere, dass die in der Sitzung des Ausschusses für Soziales und Chancengleichheit am 05.07.2016 gestellten Anträge abgelehnt wurden. Deshalb wird darum gebeten, diese Anträge noch einmal aufzurufen.

Nach Aussprache und Diskussion im Gremium stellt Bürgermeister Dr. Gerner zunächst den **Antrag** von Stadtrat Kutsch zur Abstimmung:

Im Aktionsplan „Offen für Vielfalt und Chancengleichheit – Ansporn für Alle“ soll die Duschreibweise (Bürgerinnen und Bürger) verwendet werden und nicht die Sternchen-Variante (Beispiel: Bürger\*innen).

#### **Abstimmungsergebnis: beschlossen mit 06:05:04 Stimmen**

Danach stellt Bürgermeister Dr. Gerner den **Sachantrag** der SPD-Fraktion (Anlage 04 zur Drucksache 0190/2016/BV) zur Abstimmung:

Auf Seite 4 des Entwurfs des Aktionsplans „Offen für Vielfalt und Chancengleichheit – Ansporn für Alle“ unter dem Punkt „Stellungnahme / ggf. Projektbeschreibung zu Umsetzungsmöglichkeiten“ wird nach „Die bestehenden Maßnahmen sollen perspektivisch in Zusammenarbeit mit dem „Runden Tisch sexuelle Vielfalt“ weiterentwickelt werden“ Folgendes ergänzt:



Darüber hinaus strebt die Stadt Heidelberg eine verstärkte Beteiligung und Sichtbarkeit am CSD Rhein-Neckar an. Zu diesem Zweck wird die Stadt ab 2017 im Rahmen des CSD Rhein-Neckar einen Empfang im Rathaus organisieren. Zudem wird die Stadt ab 2017 im Rahmenprogramm des CSD Rhein-Neckar mit einem Programmpunkt vertreten sein. Beide Veranstaltungen werden in enger Zusammenarbeit mit lokalen Gruppen organisiert. Wie bisher wird die Stadt weiterhin am Vortrag des CSD die Regenbogenflagge vor dem Rathaus hissen.

**Abstimmungsergebnis: beschlossen mit 12:01:02 Stimmen**

Schließlich lässt Bürgermeister Dr. Gerner über den **Beschlussvorschlag** der Verwaltung abstimmen.

**Abstimmungsergebnis: beschlossen bei 1 Gegenstimme**

**Beschlussvorschlag des Ausschusses für Bildung und Kultur** (Arbeitsauftrag **fett** gedruckt):

*Die Mitglieder des Ausschusses für Bildung und Kultur empfehlen dem Gemeinderat, den von der Verwaltung unter breiter Bürgerbeteiligung erarbeiteten Aktionsplan „Offen für Vielfalt und Chancengleichheit – Ansporn für Alle“ als Handlungsrahmen für einen umfassenden Umgang mit Integration zu beschließen.*

*Dieser Beschluss hat keine unmittelbaren finanziellen Auswirkungen. Budgetrelevante Maßnahmen aus dem beschlossenen Handlungsrahmen werden den gemeinderätlichen Gremien im Rahmen des jeweiligen Haushaltes zur Entscheidung vorgelegt werden.*

**Im Aktionsplan „Offen für Vielfalt und Chancengleichheit – Ansporn für Alle“ soll die Dudenschreibweise (Bürgerinnen und Bürger) verwendet werden und nicht die Sternchen-Variante (Beispiel: Bürger\*innen).**

**Auf Seite 4 des Entwurfs des Aktionsplans „Offen für Vielfalt und Chancengleichheit – Ansporn für Alle“ unter dem Punkt „Stellungnahme / gegebenenfalls Projektbeschreibung zu Umsetzungsmöglichkeiten“ wird nach „Die bestehenden Maßnahmen sollen perspektivisch in Zusammenarbeit mit dem „Runden Tisch sexuelle Vielfalt“ weiterentwickelt werden“ Folgendes ergänzt:**

**Darüber hinaus strebt die Stadt Heidelberg eine verstärkte Beteiligung und Sichtbarkeit am Christopher Street Day (CSD) Rhein-Neckar an. Zu diesem Zweck wird die Stadt ab 2017 im Rahmen des CSD Rhein-Neckar einen Empfang im Rathaus organisieren. Zudem wird die Stadt ab 2017 im Rahmenprogramm des CSD Rhein-Neckar mit einem Programmpunkt vertreten sein. Beide Veranstaltungen werden in enger Zusammenarbeit mit lokalen Gruppen organisiert. Wie bisher wird die Stadt weiterhin am Vortrag des CSD die Regenbogenflagge vor dem Rathaus hissen.**

gezeichnet  
Dr. Joachim Gerner  
Bürgermeister

**Ergebnis:** Zustimmung zur Beschlussempfehlung mit Arbeitsauftrag an die Verwaltung



## Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 13.07.2016

Ergebnis der öffentlichen Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 13.07.2016

### 14 Aktionsplan „Offen für Vielfalt und Chancengleichheit - Ansporn für Alle“ Beschlussvorlage 0190/2016/BV

Als Tischvorlage sind die Beratungsergebnisse aus den Sitzungen des Ausschusses für Soziales und Chancengleichheit vom 05.07.2016 und des Ausschusses für Bildung und Kultur vom 07.07.2016 sowie der Antrag der SPD-Fraktion (Anlage 04 zur Drucksache 0190/2016/BV) und die Stellungnahme der Verwaltung zu den Vorschlägen aus der Sitzung des Ausländerrates/Migrationsrates vom 30.06.2016 (Anlage 05 zur Drucksache 0190/2016/BV) verteilt.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Würzner weist auf die Beratung im Ausschuss für Bildung und Kultur und die dort mit Arbeitsaufträgen ergänzte Beschlussempfehlung hin.

Bürgermeister Erichson geht auf den letzten Absatz der ergänzten Beschlussempfehlung ein und bittet, diesen nicht zu übernehmen. Er betont, der Christopher Street Day (CSD) Rhein-Neckar sei eine Veranstaltung eines privaten Vereines. Die Programmpunkte werden bisher von der Community selbst organisiert und dies sollte auch in Zukunft so beibehalten werden. Er befürchte, dass ein solcher Beschluss den Eindruck erwecken würde, die Stadt Heidelberg wolle sich des CSD Rhein-Neckar bemächtigen, was sicher nicht im Sinne aller Beteiligten sei. Zum Thema Empfang im Rahmen des CSD Rhein-Neckar in Heidelberg führt er aus, in Mannheim bedanke sich die Stadt mit dem Empfang bei den Ehrenamtlichen für den Einsatz bei der Parade. Da für Heidelberg von den Organisatoren keine Parade vorgesehen sei, werde auch ein Empfang für nicht notwendig angesehen. Es gebe ein Angebot an den CSD Rhein-Neckar, dass die Parade gerne auch mal in Heidelberg stattfinden könne. In diesem Falle könnte auch ein entsprechender Empfang vorgesehen werden. Weiter weist er darauf hin, dass für das Hissen der Regenbogenflagge kein Beschluss benötigt werde, da dies bereits seit Jahren gemacht werde und auch in Zukunft vorgesehen sei.

Nach diesen Ausführungen stellt Oberbürgermeister Prof. Dr. Würzner den **Beschlussvorschlag des Ausschuss für Bildung und Kultur** wie folgt getrennt zur Abstimmung (Ergänzungen zur Empfehlung der Verwaltung sind **fett** dargestellt):

Die Mitglieder des Haupt- und Finanzausschusses empfehlen dem Gemeinderat, den von der Verwaltung unter breiter Bürgerbeteiligung erarbeiteten Aktionsplan „Offen für Vielfalt und Chancengleichheit – Ansporn für Alle“ als Handlungsrahmen für einen umfassenden Umgang mit Integration zu beschließen.

Dieser Beschluss hat keine unmittelbaren finanziellen Auswirkungen. Budgetrelevante Maßnahmen aus dem beschlossenen Handlungsrahmen werden den gemeinderätlichen Gremien im Rahmen des jeweiligen Haushaltes zur Entscheidung vorgelegt werden.

**Im Aktionsplan „Offen für Vielfalt und Chancengleichheit – Ansporn für Alle“ soll die Dudenschreibweise (Bürgerinnen und Bürger) verwendet werden und nicht die Sternchen-Variante (Beispiel: Bürger\*innen).**

**Abstimmungsergebnis: beschlossen mit 1 Gegenstimme**

**Auf Seite 4 des Entwurfs des Aktionsplans „Offen für Vielfalt und Chancengleichheit – Ansporn für Alle“ unter dem Punkt „Stellungnahme / gegebenenfalls Projektbeschreibung zu Umsetzungsmöglichkeiten“ wird nach „Die bestehenden Maßnahmen sollen perspektivisch in Zusammenarbeit mit dem „Runden Tisch sexuelle Vielfalt“ weiterentwickelt werden“ Folgendes ergänzt:**

**Darüber hinaus strebt die Stadt Heidelberg eine verstärkte Beteiligung und Sichtbarkeit am Christopher Street Day (CSD) Rhein-Neckar an. Zu diesem Zweck wird die Stadt ab 2017 im Rahmen des CSD Rhein-Neckar einen Empfang im Rathaus organisieren. Zudem wird die Stadt ab 2017 im Rahmenprogramm des CSD Rhein-Neckar mit einem Programmpunkt vertreten sein. Beide Veranstaltungen werden in enger Zusammenarbeit mit lokalen Gruppen organisiert. Wie bisher wird die Stadt weiterhin am Vortrag des CSD die Regenbogenflagge vor dem Rathaus hissen.**

**Abstimmungsergebnis: abgelehnt mit 5 : 11 : 1 Stimmen**

**Beschlussempfehlung des Haupt- und Finanzausschusses (Änderung **fett** dargestellt):**

*Die Mitglieder des Haupt- und Finanzausschusses empfehlen dem Gemeinderat, den von der Verwaltung unter breiter Bürgerbeteiligung erarbeiteten Aktionsplan „Offen für Vielfalt und Chancengleichheit – Ansporn für Alle“ als Handlungsrahmen für einen umfassenden Umgang mit Integration zu beschließen.*

*Dieser Beschluss hat keine unmittelbaren finanziellen Auswirkungen. Budgetrelevante Maßnahmen aus dem beschlossenen Handlungsrahmen werden den gemeinderätlichen Gremien im Rahmen des jeweiligen Haushaltes zur Entscheidung vorgelegt werden.*

***Im Aktionsplan „Offen für Vielfalt und Chancengleichheit – Ansporn für Alle“ soll die Dudenschreibweise (Bürgerinnen und Bürger) verwendet werden und nicht die Sternchen-Variante (Beispiel: Bürger\*innen).***

**gezeichnet**  
Prof. Dr. Eckart Würzner  
Oberbürgermeister

**Ergebnis: Zustimmung zur Beschlussempfehlung mit Änderung/en**

## Sitzung des Gemeinderates vom 21.07.2016

Ergebnis der öffentlichen Sitzung des Gemeinderates vom 21.07.2016

### 31 Aktionsplan „Offen für Vielfalt und Chancengleichheit - Ansporn für Alle“ Beschlussvorlage 0190/2016/BV

Oberbürgermeister Prof. Dr. Würzner weist auf die Beschlussempfehlung des Haupt- und Finanzausschusses vom 13.07.2016 hin. Dort wurde beschlossen, im Aktionsplan die Dudenschreibweise (Bürgerinnen und Bürger) zu verwenden und nicht die Sternchen-Variante (Beispiel Bürger\*innen).

Stadtrat Grasser begründet den als Tischvorlage verteilten **Antrag** der SPD-Fraktion vom 14.07.2016 (Anlage 06 zur Drucksache):

Auf Seite 4 des Entwurfs des Aktionsplans „Offen für Vielfalt und Chancengleichheit - Ansporn für Alle“ unter dem Punkt „Stellungnahme/ ggf. Projektbeschreibung zu Umsetzungsmöglichkeiten“ wird nach „Die bestehenden Maßnahmen sollen perspektivisch in Zusammenarbeit mit dem „Runden Tisch sexuelle Vielfalt“ weiterentwickelt werden“ folgendes ergänzt:

Darüber hinaus strebt die Stadt Heidelberg eine verstärkte Beteiligung und Sichtbarkeit am Christopher Street Day (CSD) Rhein-Neckar an. Zu diesem Zweck wird die Stadt ab 2017 im Rahmen des CSD Rhein-Neckar einen Empfang im Rathaus organisieren. Die Veranstaltung wird in enger Zusammenarbeit mit lokalen Gruppen organisiert. Wie bisher wird die Stadt weiterhin am Vortag des CSD die Regenbogenflagge vor dem Rathaus hissen.

Nach kurzem Meinungsaustausch ruft der Oberbürgermeister zuerst diesen Antrag zur Abstimmung auf.

**Abstimmungsergebnis: abgelehnt mit 11 : 18 : 9 Stimmen**

Danach ruft er den Beschlussvorschlag des Haupt- und Finanzausschuss vom 13.07.2016 zur Abstimmung auf.

**Beschluss des Gemeinderates:**

*Der Gemeinderat beschließt den von der Verwaltung unter breiter Bürgerbeteiligung erarbeiteten Aktionsplan „Offen für Vielfalt und Chancengleichheit – Ansporn für Alle“ als Handlungsrahmen für einen umfassenden Umgang mit Integration.*

*Dieser Beschluss hat keine unmittelbaren finanziellen Auswirkungen. Budgetrelevante Maßnahmen aus dem beschlossenen Handlungsrahmen werden den gemeinderätlichen Gremien im Rahmen des jeweiligen Haushaltes zur Entscheidung vorgelegt werden.*

**Im Aktionsplan „Offen für Vielfalt und Chancengleichheit – Ansporn für Alle“ soll die Dudenschreibweise (Bürgerinnen und Bürger) verwendet werden und nicht die Sternchen-Variante (Beispiel: Bürger\*innen).**

gezeichnet  
Prof. Dr. Eckart Würzner  
Oberbürgermeister

**Ergebnis:** beschlossen mit Änderungen  
*Nein 2*

## **Begründung:**

### **1. Ausgangssituation**

Eine dynamisch wachsende Vielfalt in der Zusammensetzung der Bevölkerung stellt das Zusammenleben vor neue Herausforderungen und an Kommunen neue Anforderungen für die Stärkung des sozialen Zusammenhalts. Quellen dieses sozialen Wandels sind Prozesse wie die Internationalisierung und Europäisierung der Arbeitsmärkte, eine damit verbundene gesteigerte Mobilität und ebenso Wander- und Fluchtbewegungen durch Kriege, Verfolgung und Verlust der Existenzgrundlage. Auch der Wertewandel, der sich in einem veränderten Rollenverständnis der Geschlechter ausdrückt oder dem Selbstverständnis der Menschen mit Behinderungen, trägt dazu bei.

Die Stadt Heidelberg stellt sich diesen Herausforderungen seit vielen Jahren auch im Rahmen regelmäßiger partizipativer Beteiligungsprozesse zur Erarbeitung von bedarfs- und praxisorientierten Aktionsplänen aus der Perspektive von Bürgerinnen und Bürgern sowie Expertinnen und Experten.

Sie setzt damit ihre Selbstverpflichtungen um, die sie durch den Stadtentwicklungsplan 2015 sowie durch die Unterzeichnung der Europäischen Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene, der Charta der Vielfalt und der Europäischen Städtekoalition gegen Rassismus eingegangen ist. Die Stadt stärkt auf diese Weise auch ihr Profil als weltoffene, zukunftsorientierte Stadt der Wissenschaft und Wirtschaft, die eine lebenswerte Urbanität fördert.

### **2. Ziele**

Angesichts der anhaltenden und zunehmend komplexeren Herausforderungen stellt der Aktionsplan „Offen für Vielfalt und Chancengleichheit – Ansporn für Alle“ eine Weiterentwicklung des Kommunalen Integrationsplans Heidelberg mit finanzieller Unterstützung vom Integrationsministerium des Landes Baden-Württemberg und einem einstimmigen Beschluss des Heidelberger Gemeinderates, nach den Förderrichtlinien des Landes wie auch den Leitlinien für Bürgerbeteiligung der Stadt Heidelberg dar.

Er baut auf den positiven Erfahrungen auf, die mit dem ersten, ebenfalls partizipativ erstellten Kommunalen Integrationsplan (KIP, Drucksache: 0017/2010/BV) für Heidelberg und dessen Umsetzung gemacht wurden. Hier sind die Grundlagen für das Verständnis von Integration als einem Prozess gelegt worden, der eines fortlaufenden gemeinsamen Engagements bedarf, damit Vertrauen, Verantwortung füreinander und Zufriedenheit wachsen, Konflikte oder wechselseitige Ablehnung abnehmen.

### **3. Zielgruppen und Themenschwerpunkte**

Der Aktionsplan setzt neue Impulse, beim Verständnis der Personengruppen wie auch dem Verständnis der Themen, um die erklärten Integrationsziele zu erreichen.

Ausgangspunkt dafür ist die Würdigung des Umstandes, dass es keinen Menschen gibt, der nur einer einzigen Gruppe zugehört. In jeder Person bündeln sich immer mehrere Zugehörigkeiten auf ganz persönliche Weise – sei es aus der Perspektive der ethnischen und sozialen Herkunft, der Geschlechts- oder sexuellen Identität, der familiären und sozialen Lagen, dem Alter oder einer spezifischen körperlicher Verfassung und Ähnlichem. Diese Zugehörigkeiten stehen je nach Kontext in Wechselwirkung zueinander und können einzeln oder gebündelt zu Spannungen, Konflikten, Abwehr, Ablehnung und damit Teilhabeprobleme führen.

Zielgruppen sind Menschen, die von Ausgrenzung und Ausgrenzungsrisiken aufgrund einer Gruppenzugehörigkeit betroffen oder bedroht sind. Dies sind Lebensbedingungen, die grundsätzlich auch immer in der Gruppe der Menschen mit Migrationshintergrund auftreten können.

Mit dem Aktionsplan wird damit erstmals ein umfassendes Verständnis von Integration systematisch verfolgt: Fragen der Gleichberechtigung der Geschlechter, der Menschen unterschiedlicher sexueller Identität, der Menschen mit Behinderung oder der Anliegen aufgrund anderer gruppenbezogener Merkmale werden gezielt nicht vom Anliegen des gelingenden Zusammenlebens von Menschen unterschiedlicher Herkunft getrennt. Zur Überwindung von Ausgrenzung oder Benachteiligung werden dabei grundsätzlich alle Merkmale einer Person berücksichtigt. Ein so verstandener Integrationsauftrag betont die Notwendigkeit der Akzeptanz gleichberechtigter Teilhabe als Prinzip ebenso der Wertschätzung von Vielfalt und eines gezielten Vorgehens gegen Diskriminierung und Gewalt durch alle Bevölkerungsgruppen unabhängig von ihrer Herkunft.

Neue inklusive Gestaltungsmöglichkeiten werden entwickelt, indem bisher unverbundene soziale Gruppen und Kräfte zusammengebracht werden. Intensiviert wurde das Bemühen, noch mehr Menschen in unterschiedlichsten Verantwortlichkeiten der Stadt auch außerhalb der Verwaltung dafür zu inspirieren, sich an dem neuen Aktionsplan zu beteiligen und in neue Netzwerke vorzustoßen. Angesprochen wurden sowohl Expertinnen und Experten aus der Stadtverwaltung als auch aus der Stadtgesellschaft: Fachleute aus den Bereichen Wirtschaft, Arbeitsmarkt, Wohnungsmarkt, Wissenschaft und Bildung, Gesundheitsversorgung sowie auch Wohlfahrtsverbände und Politik sowie gezielt die Netzwerke unterschiedlicher Interessengruppen. Berücksichtigt wurden dabei die Merkmale internationale Herkünfte, Geschlecht, sexueller Identität, religiöse Identität, familiäre und soziale Lage sowie Behinderung.

Dies führte zu Vorschlägen für

- offenere und inklusivere Arbeitsstrukturen, um die Potenziale aus der Vielfalt der Bevölkerung zu nutzen wie auch
- offenere und inklusivere Dienstleistungskonzepte, um die zielgruppenspezifische Passgenauigkeit von Dienstleistungen verbessern und
- die Beachtung des Selbstverständnisses von Organisationen beziehungsweise Institutionen, um den grundsätzlichen Selbstverpflichtungen zu Integration, Inklusion und Gleichberechtigung Rechnung tragen zu können.

Für den Prozess wurden vier Themenschwerpunkte im Hinblick auf ihre Bedeutung für den Lebensverlauf ausgewählt:

- Bildung im Lebensverlauf
- Personal- und Organisationsentwicklung bei Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern
- Zugewanderten- und Frauenökonomie
- Abbau von Alltagsdiskriminierung

#### **4. Umsetzung und Ergebnisse**

Eine ausführliche Darlegung der neuen Gestaltungsansätze und des (Beteiligungs-) Prozesses im Einzelnen findet sich zusammen mit einer Darstellung der Prozessergebnisse in der Zusammenfassung zu Anlage 01.

Eine zusammenfassende Übersicht über die erarbeiteten Vorschläge ist nach den genannten Themenschwerpunkten geordnet und gibt Auskunft über die Richtung der im Prozess erarbeiteten Ziel- und Maßnahmenvorschläge, mögliche neue Schlüsselprojekte, mögliche neue Maßnahmen, solche, die sofort aufgegriffen werden konnten und solche, die mittel- und langfristig (2017/18 beziehungsweise 2019/20) umgesetzt werden könnten. Angeführt ist ebenfalls, welche der Vorschläge bereits zum laufenden Geschäft gehören und welche ohne positive Bewertung durch die jeweils Zuständigen aus Verwaltung, Wirtschaft, Wissenschaft und Politik geblieben sind.

Die Anlage enthält außerdem eine Einzelauflistung der erarbeiteten Ziel- und Maßnahmenvorschläge im Rahmen des Beteiligungsprozesses in Verbindung mit den Stellungnahmen / gegebenenfalls Projektbeschreibungen zu Umsetzungsmöglichkeiten durch die jeweils (internen beziehungsweise externen) Zuständigen. Die möglichen Maßnahmen sind ebenfalls nach den genannten Themenschwerpunkten geordnet und geben Auskunft über die jeweiligen Zielgruppen, Erfolgskriterien einer möglichen Umsetzung, Federführung und Kooperationspartnerinnen und Kooperationspartnern, gegebenenfalls erforderliche Sachmittel und mögliche Durchführungszeiträume.

In ihrem Antrag zur Fortschreibung des Kommunalen Integrationsplans an das Integrationsministerium des Landes Baden-Württemberg hat sich die Stadt verpflichtet, dem Gemeinderat einen Vorschlag für ein vertiefendes Monitoring zu machen. Wir werten in diesem Sinne die Vorschläge zur Identifizierung von gruppenspezifischen Gründungshürden aus dem Themenschwerpunkt Zugewanderten- und Frauenökonomie

## **5. Finanzierung und Ausblick**

### **5.1. Finanzierung**

Die Erarbeitung des Aktionsplans unter breiter Bürgerbeteiligung wurde vom Integrationsministerium Baden-Württemberg mit insgesamt 90.000 EUR finanziell gefördert.

Die Finanzierung der im Rahmen des Aktionsplans erarbeiteten Maßnahmen hängt von der Zustimmung der jeweils Zuständigen zu den einzelnen Vorschlägen ab.

Die Finanzierung von Maßnahmen in der Zuständigkeit der Stadt Heidelberg, die bereits aufgegriffen werden konnten, sind im Rahmen des Doppelhaushaltes 2015/2016 gesichert. Kurzfristige neue Maßnahmen, die noch 2016 umgesetzt werden sollen, müssen aus dem laufenden Haushalt entweder durch entsprechende Planansätze oder durch Umschichtung von Mitteln finanziert werden. Die einzelnen Maßnahmen werden entsprechend der Regelungen der Zuständigkeits- und Bewirtschaftungsordnung der Stadt Heidelberg (ZBO) den gemeinderätlichen Gremien zur Einzelentscheidung vorgelegt.

Für mittelfristig relevante Maßnahmen müssen im Doppelhaushalt 2017/2018 entsprechende Budgets eingeplant werden. Ihre Durchführbarkeit hängt von der Bereitstellung dieser Budgets ab. In erster Linie sind eine Finanzierung aus den vorhandenen Budgets der zuständigen Ämter und eine entsprechende Priorisierung von Maßnahmen zu prüfen. Die einzelnen Maßnahmen werden ebenfalls entsprechend der Regelungen der ZBO den gemeinderätlichen Gremien zur Einzelentscheidung vorgelegt. Die Planungen und Haushaltsanmeldungen erfolgen jeweils durch die verantwortlichen Fachämter.

Langfristig relevante Maßnahmen, also über den Doppelhaushalt 2017/2018 hinaus, werden zu einem späteren Zeitpunkt in die Haushaltsplanungen einbezogen und zu gegebener Zeit den gemeinderätlichen Gremien zur Einzelentscheidung vorgelegt.

Eine tabellarische Maßnahmenübersicht (Anlage 02) gibt Auskunft über die aktuellen Vorstellungen hinsichtlich der Durchführungszeiträume und Finanzierungen. Grundsätzlich handelt es



sich dabei um Vorschläge, die aus sachlichen Gründen oder im Rahmen der Finanzplanung der Stadt verändert werden können.

## 5.2. Ausblick

Im Rahmen einer Abschlussveranstaltung wird nach Beschlussfassung des neuen Aktionsplans noch einmal die beteiligte und interessierte Öffentlichkeit in den Stand der Dinge einbezogen. Folgen werden Umsetzungsberichte an die gemeinderätlichen Ausschüsse durch die zuständigen Fachämter im Rahmen der Jahresberichte zum Haushalt, damit der „Staffelstab“ zur Verständigung über erreichte Ziele und weiteren anzustrebenden Veränderungsbedarf an neue Interessierte weitergegeben werden kann. Integration kann nur gelingen, wenn die permanenten gesellschaftlichen Veränderungen immer wieder aufgegriffen und in das institutionelle Handeln einbezogen werden. Sollte eine umfassendere Berichterstattung über die Zielerreichung gewünscht werden, so wären dafür zusätzliche Ressourcen erforderlich.

Mit dem angestoßenen Prozess „Offen für Vielfalt und Chancengleichheit – Ansporn für alle“ und der erreichten breiten Beteiligung und Vernetzung sehr unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen hat die Stadt Heidelberg einen wichtigen Beitrag für die breite Auseinandersetzung mit einer immer wichtigeren Schlüsselkompetenz erreicht: den gezielten und inklusiven Umgang mit Vielfalt oder „neudeutsch“ Diversitykompetenz.

Der Beirat von Menschen mit Behinderung wurde über die Vorlage informiert und hat keine Bedenken geäußert.

## Prüfung der Nachhaltigkeit der Maßnahme in Bezug auf die Ziele des Stadtentwicklungsplanes / der Lokalen Agenda Heidelberg

### 1. Betroffene Ziele des Stadtentwicklungsplanes

Nummer/n: (Codierung)	+ / - berührt:	Ziel/e:
QU 3	+	Bürgerinnen- und Bürgerbeteiligung und Dialogkultur fördern  <b>Begründung:</b>  Mit der Erstellung des Dritten Aktionsplans und des Prozesses hierzu fördert die Stadt Heidelberg gleiche Teilhabe und eine lebendige Demokratie – unabhängig von Alter, Behinderung, Geschlecht, Herkunft, Religion, Weltanschauung oder sexueller Identität.  <b>Ziel/e:</b>
QU 4	+	Gleichstellung von Frauen und Männern  <b>Begründung:</b>  Die Stadt Heidelberg nutzt mit dem Aktionsplan auf Basis der europäischen Gleichstellungs-Charta einen qualifizierten Rahmen, um die kontinuierliche Realisierung der Gleichstellung von Frauen und Männern zu optimieren.  <b>Ziel/e:</b>
QU 5	+	Vielfalt der Lebensformen ermöglichen, Wahlfreiheit der Lebensgestaltung unterstützen  <b>Ziel/e:</b>
QU 6	+	Integration und interkulturelles Leben konstruktiv gestalten, ausländische Einwohnerinnen und Einwohner als gleichberechtigte Bürgerinnen und Bürger anerkennen

2. Kritische Abwägung / Erläuterungen zu Zielkonflikten:

keine

gezeichnet  
Wolfgang Erichson

**Anlagen zur Drucksache:**

Nummer:	Bezeichnung
01	Zusammenfassung Ergebnisse
02	Tabellarische Maßnahmenübersicht
03	Entwurf Aktionsplan
04	Sachantrag der SPD-Fraktion vom 05.07.2016 <b>Tischvorlage im Ausschuss für Soziales und Chancengleichheit am 05.07.16</b>
05	Stellungnahme der Verwaltung <b>Tischvorlage im Ausschuss für Bildung und Kultur am 07.07.16</b>
06	Sachantrag der SPD-Fraktion vom 19.07.2016